

Darf der Stadtrat eigene Regeln brechen?

Mehrheit aus CSU und SPD sagt Ja zu Förderung für Glasfassade – Richtlinien schreiben eigentlich Putz vor

Von Stefan Gabriel

Deggendorf. Der Stadtrat hat gestern nach langer und kontroverser Diskussion beschlossen, die Umgestaltung des Hertie-Gebäudes mit Mitteln aus dem Fassadenprogramm der Stadt zu unterstützen. Mit 30 Prozent gefördert werden die Kosten der Fassaden am Oberen Stadtplatz und im Nördlichen Stadtgraben sowie die Umgestaltung des Dachs. Nach der aktuellen Kostenschätzung geht es um 292 500 Euro, wovon die Stadt 117 000 Euro zahlt, 175 500 Euro kommen vom Freistaat.

Die Abstimmung ging mit 22:12 Stimmen aus und verlief klar entlang von Fraktionsgrenzen: CSU und SPD waren dafür, Freie Wähler, WAN und Grüne dagegen. Mehrere Redner aus dem Nein-Lager betonten, dass es ihnen nicht um die Höhe der Förderung und auch nicht um die Gestaltung der Fassade gehe. Doch die Richtlinien des Fassadenprogramms ließen einen Zuschuss zur Glasfassade am Oberen Stadtplatz nicht zu.

Tatsächlich steht in den 2001 beschlossenen Richtlinien des Programms zum Thema Fassadengestaltung: „Die Oberfläche der Außenwände einschließlich der Sockel darf straßenseitig nur in glatten Putzarten oder Granit mit handwerksgerechter Oberflächenbearbeitung ausgeführt werden.“ Und: „Unzulässig sind grelle Farben sowie Materialien mit einer glänzenden Oberfläche.“

Bauamtsleiter Christoph Strasser argumentierte mit der Idee des Förderprogramms, städtebauliche Missstände zu beseitigen. Die Richtlinien seien für den Umgang mit historischen Gebäuden gemacht worden und würden deshalb auf den städtebaulichen Missstand des Hertie-Gebäudes nicht passen. Strasser hatte Anfang Februar mit der Regierung von Nie-



Die Glasfassade des Kaufhauses Breuninger in Nürnberg. Ähnlich (allerdings nicht so hoch) soll auch die Fassade am künftigen Erl-Gebäude werden.
– Foto: Klaus Lehmbberger



Eine Visualisierung der künftigen Fassade des Erl-Gebäudes.

– Quelle: Kress Architekten

derbayern abgeklärt, dass diese eine Förderung mittragen würde. Eine Zusammenfassung des Gesprächs durch Leitenden Baudirektor Rolf-Peter Klar legte er den Stadträten auf.

Klar stellte fest: „Bei enger Auslegung der Richtlinien müsste eine Förderung abgelehnt werden oder die Fassade müsste historisierend neu strukturiert werden. Beides halten wir nicht für zielführend.“ Gerade Fassaden der „jüngeren Baugeschichte“ würden sich oft schlecht einfügen. Würde man

genau diese Fassaden von der Förderung ausnehmen, „wäre dies geradezu kontraproduktiv“. Ziel sollte es sein, „aus einer schlecht gestalteten Fassade der Neuzeit eine gut gestaltete Fassade der Neuzeit zu entwickeln“, die „durchaus modern daher kommen kann“.

An der Frage, wie man mit den Richtlinien umgehen soll, schieden sich in der Diskussion die Geister. Sprecher von Union und SPD betonten, dass das Stadtbild von der Wiederbelebung des Gebäudes profitiert.

Mehrere Sprecher von FW, Grünen und WAN wiesen darauf hin, dass die Glasfassade am Oberen Stadtplatz – anders als das Dach und die Fassade im Nördlichen Stadtgraben – den Vorgaben des Programms widerspricht.

Die schärfste Kritik am Vorschlag der Verwaltung, nach dem Fassadenprogramm zu fördern, formulierte Johannes Grabmeier von den Freien Wählern. Strassers Argumentation bezeichnete er als „winkeladvokatisch“. Es gehe darum,

alle gleich zu behandeln. Wenn nun in einem Fall von den Richtlinien abgewichen werde, begeben man sich in einen „gefährlichen Grenzbereich zur Willkür und damit zur Veruntreuung öffentlicher Gelder“.

Martin Hohenberger von der CSU, der unmittelbar nach Grabmeier sprach, nannte diesen Vorwurf einer möglichen Veruntreuung „ungeheuerlich“. Das Wort „Willkür“ verwendete freilich auch Ewald Tremel (WAN). „Es geht darum, ob man sich an die Regeln halten möchte“, sagte Tremel und schlug vor, die Förderung zwar grundsätzlich zu beschließen, die Entscheidung über den Umfang aber zu vertagen und in der nächsten Sitzung eine Überarbeitung und „Weiterentwicklung“ der Richtlinien zu beschließen, damit auch moderne Fassaden gefördert werden können.

Baudirektor Strasser wies darauf hin, dass es sich bei den Richtlinien aus dem Jahr 2001 um einen einfachen Stadtratsbeschluss handelt. Der Stadtrat sei jederzeit frei, mit einem anderen Beschluss davon abzuweichen. Dieses Argument betonten auch mehrere Redner der CSU und SPD sowie Oberbürgermeister Christian Moser. So sagte etwa Hela Schandella (CSU): „Wir sind das Entscheidungsgremium und wir können die Ausnahme beschließen.“

Dem wollte auch Ewald Tremel nicht widersprechen: „Eine Einzelfallentscheidung mag ein korrekter Weg sein.“ Doch aus politischen Gründen müsse man sich fragen, ob man solche Einzelfallentscheidungen will. Er halte eine generelle Änderung der Richtlinien für den besseren Weg, um „den Anschein der Willkür zu vermeiden“.

Bewegung gab es in der sehr langen Diskussion keine. Am Ende stimmten die Fraktionen so ab, wie es schon aus den ersten Wortmeldungen deutlich wurde.